

Lehren aus der Corona-Krise

Positionspapier - Kurzfassung

Ausgangslage

Innerhalb weniger Wochen hat die Corona-Pandemie unser gewohntes Leben und Arbeiten dramatisch verändert. In dieser Zeit zeigt sich einmal mehr, wie wichtig Gewerkschaften sind, damit sich nicht allein wirtschaftliche, kapitalistische Interessen durchsetzen. ver.di hat sich dafür eingesetzt, Einkommen zu sichern und Entlassungen zu verhindern. Durch Kurzarbeit und deren gewerkschaftspolitische Begleitung konnte bislang Massenarbeitslosigkeit verhindert werden. Je länger die Pandemie andauert, umso deutlicher wird, dass wirtschaftliche Interessen im Fokus der politischen Entscheidungen stehen und die Benachteiligung vieler Gruppen und damit die Spaltung in der Gesellschaft billigend in Kauf genommen wird.

Betriebliche Mobilisierung für tarifpolitische Auseinandersetzungen ist unter diesen Umständen nur eingeschränkt möglich. Dennoch haben wir uns in allen Bereichen mit und für unsere Mitglieder dafür eingesetzt, Belastungen und soziale Härten abzufedern, Sicherheit und Perspektiven zu schaffen sowie Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das machen wir gegenüber der Politik auf Bundes- und Landesebene, über Tarifverträge mit den Arbeitgebern und direkt in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen sehr erfolgreich. Wir haben für über eine Million Beschäftigte in der Altenpflege eine Prämie von 1.500 Euro durchgesetzt, in vielen Tarifverträgen eine steuerfreie Corona-Prämie und/oder die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes vereinbart und eine gesetzliche Erhöhung und Verlängerung des Kurzarbeitergeldanspruchs sowie eine Erhöhung der Tage mit Anspruch auf Kinderkrankengeld erreicht.

Unser Ziel ist es, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zu erhalten sowie die Beschäftigten weiterhin vor der Verbreitung des Virus zu schützen! Ansonsten droht eine tiefe Spaltung der Gesellschaft. Mit großer Sorge nehmen wir die Signale aus Unternehmensverbänden und Politik wahr, die auf zukünftige sozial- und arbeitsmarktpolitische Einschnitte ausgerichtet sind.

Auf den folgenden Seiten finden sich unsere Positionen und Forderungen übersichtlich und kompakt dargestellt. Für weitere Hintergründe lohnt ein Blick in unser ausführliches **Positionspapier oder auf die in den Fußnoten verlinkten weiteren Quellen.**

Solidarisch miteinander für eine starke Demokratie, gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Für unsere Werte und Ziele, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, für gute Arbeit und gutes Leben in einem demokratischen Sozial- und Rechtsstaat stellt Corona eine Bewährungsprobe dar. Wir stehen auf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, für eine solidarische und gerechte Politik auch und gerade in Zeiten der Pandemie. Wir engagieren uns dafür in allen Betrieben und Verwaltungen, in der Öffentlichkeit und im politischen Raum, in antirassistischen und antifaschistischen Bündnissen.

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz

ver.di setzt sich mit aller Kraft für den Erhalt jedes Arbeitsplatzes und, wo nötig, für die Schaffung alternativer und attraktiver Beschäftigung ein. Neben staatlichen Hilfen für besonders betroffene Unternehmen fordert ver.di daher ein umfangreiches Konjunktur- und Investitionsprogramm, das zugleich den Sozialstaat ausbaut, die Daseinsvorsorge stärkt und die sozial-ökologische Transformation voranbringt.

Applaus allein reicht nicht – es braucht dauerhafte Verbesserungen

Die Beschäftigten in den lebenswichtigen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der privaten Dienstleistungen machen - nicht nur in der Pandemie - eine hervorragende Arbeit. Der „Dank“ sind niedrigere Bezahlung und schlechtere Arbeitsbedingungen durch längere Arbeits- und kürzere Ruhezeiten, wie sie die COVID-19-Arbeitszeitverordnungen erlauben und die manche Arbeitgeber als Modell für eine neue Arbeitswelt sehen. Aber erst „Gute Arbeit“ ermöglicht eine leistungsfähige und nachhaltige gesellschaftliche Infrastruktur. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden, dafür setzen wir uns ein.

Handlungsfähigkeit und Zukunft des Sozialstaats

Unser Sozialstaat hat sich in der Krise bewährt. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat bislang Massenarbeitslosigkeit verhindert. Jedoch hat die Pandemie auch die Grenzen einer unterfinanzierten öffentlichen Daseinsvorsorge und die Lücken der sozialen Sicherungssysteme aufgezeigt. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wo dringend nachgebessert werden muss: Bei der Daseinsvorsorge, auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Sicherung.

Daseinsvorsorge

Die wirtschaftliche Entwicklung und der soziale Zusammenhalt unseres Landes sind abhängig vom Zustand der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Güter und der sozialen Infrastruktur. Die Corona-Pandemie legt schon länger bestehende Defizite der Daseinsvorsorge offen. Viele Bereiche leiden aufgrund der politischen und fiskalischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte (Gewinnorientierung und Privatisierung, Steuerpolitik, Schuldenbremse, Krankenhausfinanzierung etc.) unter Personalmangel, Investitionsstau und sind chronisch unterfinanziert.

Es bedarf zwingend einer dauerhaften Absicherung für Kommunen, über die die Investitionstätigkeiten deutlich gestärkt werden, sowie einer Altschuldenlösung¹

Die Daseinsvorsorge betrifft noch einige weitere Lebens- und Arbeitsbereiche. Das Gesundheitssystem bspw. muss finanziell und personell besser ausgestattet werden. Das betrifft die bedarfsgerechte Personalbemessung per Gesetz ebenso wie die ausreichende Finanzierung der Investitionskosten. Zudem fordern wir das Ende von weiteren Schließungen der Krankenhäuser und/oder weiteren Privatisierung im Gesundheitsbereich - das Gesundheitswesen gehört in öffentliche Hände.² Neben dem, nur teilweise erfolgten, Ausgleich der coronabedingten Einnahmeeinbrüche beim ÖPNV, muss der öffentliche Nahverkehr auch zügig ausgebaut werden.

Im Handel braucht es allgemeinverbindliche Tarifverträge für die gesamte Branche mit gesundheits- und familienfreundliche Arbeitszeiten. Zudem muss ein wirksames Lieferkettengesetz die Unternehmen dazu verpflichten, bei ihren Zulieferern für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu sorgen. Auch bei der Städteplanung besteht dringend Handlungsbedarf hin zu einer Neuausrichtung und Attraktivierung der Innenstädte sowie des Handels.³

Zudem bedarf es mehr Investitionen in Personal und Ausstattung bei der frühkindlichen Betreuung und der Behindertenhilfe sowie bessere Personalschlüssel. In einzelnen Bereichen der öffentlichen Verwaltung (Gesundheitsämter, Zoll, Bauämter etc.), wo es erkennbar personelle, strukturelle oder finanzielle Defizite gibt, muss die Politik endlich handeln.⁴

Aufsichtsbehörden für den Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen so ausgestattet werden, dass die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften effektiv kontrolliert werden. Wir fordern hierfür die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft in NRW.

Arbeitsmarkt

Unser betriebs-, tarif- und gesellschaftspolitisches Engagement für „Gute Arbeit“ ist aktueller denn je. Notwendig ist unter anderem eine gesetzliche Stärkung des Tarifvertragssystems. Wir fordern die zwingende Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen, eine kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen sowie eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit. Eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes, d. h. die Überwindung von Minijobs, Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen und die Eindämmung von Leiharbeit sowie die gesetzliche Streichung der sachgrundlosen Befristungsmöglichkeit ist vonnöten. Ebenso eine schnelle Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro mit anschließenden, existenzsichernden, weiteren Anhebungsschritten. Ein weiteres Augenmerk sollte auf die Kolleg*innen gerichtet werden, deren ohnehin bereits meist prekäre Arbeitsverhältnisse durch Corona noch einmal verschlechtert wurden. Diese Kolleg*innen, oft mit Migrationshintergrund, benötigen endlich nachhaltige Zukunftsperspektiven.

¹ Kommunalfinanzbericht mit der Altschuldenlösung NRW
Petition Not der Städte in NRW endlich beenden

Aktionsbündnis Für die Würde unserer Städte

² Gesundheit und Pflege in NRW

Volksinitiative „Für gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!“

³ Positionspapier: Für eine lebenswerte (Innen-) Stadt

⁴ Erfahrungen mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst nutzen

Soziale Sicherung

Der Lockdown in der ersten und zweiten Welle offenbart große Versorgungslücken in unseren sozialen Sicherungssystemen.

Es braucht eine neue Arbeitszeitinitiative, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den öffentlichen Fokus zu rücken. Außerdem muss Arbeitszeitverkürzung wieder ein Thema in den Tarifkommissionen werden. Ebenfalls muss das Thema der häuslichen Gewalt stärker in der Öffentlichkeit aufgegriffen und Hilfemöglichkeiten/Anlaufstellen vermittelt werden.⁵

Wir brauchen eine armutsfeste soziale Sicherung mit einer Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, sowie eines Schutzschirms für Auszubildende und Studierende. Die Soloselbstständigen benötigen eine Deckung ihres Lebensunterhaltes und ihrer Betriebsausgaben und müssen in die sozialen Sicherungssysteme, u. a. die gesetzliche Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung, zu den gleichen Bedingungen wie Arbeitnehmer*innen einbezogen werden. Musikschullehrer*innen müssen mit entsprechenden Tarifangestellten gleichgestellt werden. Die coronabedingten Zusatzkosten der Sozialversicherungszweige müssen vom Bund übernommen werden. Eine dauerhafte Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge auf dem Niveau von 40% lehnen wir ab. Außerdem lehnen wir jeglichen Eingriff in die Rücklagen und damit in die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ab.⁶

Sozial-ökologischer Umbau

Es bedarf einer öffentlichen Investitionsoffensive um die Zukunft sozial gerecht, ökologisch und ökonomisch vernünftig zu gestalten. Der notwendige sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft muss weiter vorangetrieben, die Daseinsvorsorge ausgebaut werden.⁷

Eine zentrale Herausforderung besteht darin, die Verkehrs-, Energie- und Agrarwende ökonomisch vernünftig und sozialverträglich zu gestalten. Dafür brauchen wir jetzt eine große grüne und soziale Investitionsoffensive, einen Green New Deal. Zudem muss der ÖPNV bis zu einer Verdopplung der Beförderungskapazitäten ausgebaut werden. Auch bedarf es mehr Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Solaranlagenzwang auf allen geeigneten Dächern, weiteren Flächen für Windkraftanlagen, den Aus- und Umbau der Stromnetze sowie mehr Strom- und Wärmespeicher. Auch muss verstärkt in Energieeffizienz und Energieeinsparung investiert werden. Die internationalen Wertschöpfungsketten und Handelsströme müssen sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Zudem hat die Pandemie gezeigt, dass eine ausreichende Versorgung mit wichtigen medizinischen Gütern, wie beispielsweise Schutzanzügen, Masken, Medikamenten und Impfstoffen, ausreichende eigenständige Produktionskapazitäten in Europa voraussetzt.

⁵ Position Frauen- und Gleichstellungspolitik

Impuls: Frauen in der Corona-Krise stärker belastet

⁶ STOPP des Maßnahmenpakets der Sozialgarantie 2021

⁷ Gutes Wohnen – Arbeiten – Leben.

Digitalisierung

Die digitale Transformation wird gerade in vielen Bereichen massiv beschleunigt. Vor der Pandemie haben rund vier Prozent der Beschäftigten überwiegend zu Hause gearbeitet, Mitte April 2020 waren es 27 Prozent. Die Bedingungen sind allerdings alles andere als optimal. Aktuell wird deutlich, dass es an klaren gesetzlichen Regeln wie einem Recht auf freiwilliges Homeoffice oder auf mobiles Arbeiten auch für normale Zeiten mangelt.⁸

Es fehlt ein verbindlicher Rahmen für betriebliche Mitbestimmung, Ansprüche, Pflichten, Arbeits- und Gesundheitsschutz inkl. Nicht-Erreichbarkeit und einen effektiven Schutz von Daten und Persönlichkeitsrechten, der auch Gleichbehandlung fördert und neuen Spaltungen entgegenwirkt.⁹

Beim Thema Homeschooling fehlt es unter anderem an ausreichenden Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten für das Personal und an qualifizierten Fachkräften in den Einrichtungen und Verwaltungen.

Die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessensvertretungen müssen in allen Fragen der Digitalisierung in den entsprechenden Mitbestimmungsgesetzen ausgebaut und gestärkt werden. Außerdem sind in allen Bereichen tarifvertragliche Regelungen zur Gestaltung der Digitalisierungsprozesse erforderlich.

Europa und internationale Solidarität

Ein Virus, das keine Grenzen kennt, muss international bekämpft werden. Die Regierungen Europas versagten aber zunächst beim grenzüberschreitenden Krisenmanagement. Im April 2020 einigten sich die EU-Finanzminister dann auf ein europäisches Hilfspaket im Umfang von 500 Milliarden Euro. Dadurch werden die besonders betroffenen Staaten finanziell entlastet, das ist zu begrüßen. Es folgte der Vorschlag eines europäischen Wiederaufbaufonds mit solidarischer Schuldenverteilung. Wir werden diese politischen Initiativen für ein sozialeres Europa mit aller Kraft unterstützen. Europa ist jetzt auch humanitär gefordert, allen voran was die Lebensbedingungen der Geflüchteten an den europäischen Grenzen angeht. Auch die südliche Erdhalbkugel und große Teile Asiens sind besonders auf internationale Hilfe angewiesen. Hier muss die internationale Gemeinschaft handeln und internationale Solidarität zeigen.

Verteilungsfragen – Wer soll das bezahlen?

Bereits vor der Corona-Pandemie waren die Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt. Die ungleiche Vermögensverteilung droht sich zudem noch zu verschärfen. Die eklatante Vermögenskonzentration erfordert eine progressive Einkommens-, Erbschafts- und Eigentumsbesteuerung.¹⁰ Ein guter Startpunkt für eine umverteilende Steuerpolitik wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

⁸ DGB NRW: Kein Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten

⁹ Arbeiten im Zuhause soll Gute Arbeit sein

Praxis gestalten – Empfehlungen für mobile Arbeit

¹⁰ Aufruf zur Bundestagswahl für Umverteilung und eine gerechte Gesellschaft

Gleichzeitig brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über umverteilende Steuerpolitik (Erbchafts-, Finanztransaktions-, Kapitalertragssteuer, Digitalisierungsabgabe) sowie die Ahndung der Steuervermeidungsstrategien des Kapitals.¹¹

Wir werden daran arbeiten, gemeinsam mit Sozialverbänden, sozialen Bewegungen, Fridays for Future und progressiven Parteien gesellschaftliche Mehrheiten für einen sozial-ökologischen Umbau zu organisieren. Dieser muss sich an den gesellschaftlichen Bedarfen anstatt der Profitmaximierung orientieren und zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen. Zur Finanzierung müssen die großen Vermögen herangezogen werden.^{12 13}

¹¹ DGB Verteilungsbericht 2021

¹² Homepage Eine gerechte Gesellschaft – für alle!

¹³ Veranstaltung des Landesbezirks am 01.06.2021